

## Rechtspopulistische Interventionen in die organisierte Zivilgesellschaft – Muster und Reaktionen

Wolfgang Schroeder • Samuel Greef • Jennifer Ten Elsen • Lukas Heller

In der wissenschaftlichen Reflexion über den Rechtspopulismus in Deutschland stehen die parteipolitische und parlamentarische Dimension im Vordergrund (vgl. Schroeder et al. 2017; Niedermayer 2018). Die etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, als elementare Bestandteile der Bürgergesellschaft und einer pluralen Demokratie, geraten dabei selten in den Blick. Allerdings entspricht die Zivilgesellschaft nicht nur dem normativen Ideal der gemeinwohlorientierten Selbstorganisation (vgl. Grande 2018a, S. 52). In ihr finden sich auch Praktiken der Spaltung sowie der Exklusion. In diesem Sinne besitzt sie auch eine dunkle oder »schmutzige Seite« (Geiges/Marg/Walter 2015). Die Zivilgesellschaft ist letztlich ein ambivalenter Ort: »Genau wie es rechte soziale Bewegungen gibt, tummeln sich Rechte in zivilgesellschaftlichen Organisationen« (Leggewie/Evers 2020). Es verwundert somit nicht, wenn rechtspopulistische Akteure »zunehmend zivilgesellschaftlich orientierte Strategien« verfolgen (Roth 2010, S. 53). Daher ergibt sich die Frage, wie resilient die organisierte Zivilgesellschaft gegenüber diesen Einflussversuchen von rechts ist (vgl. Grande 2018b).

In einer explorativen Studie (1) für die Otto-Brenner-Stiftung (Schroeder et al. 2020) haben wir maßgebliche zivilgesellschaftliche Akteure aus dieser Perspektive in den Blick genommen: Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, den organisierten Sport- sowie Kulturbereich. Im Zentrum stehen drei Fragen: 1. Welche Themen, Handlungsfelder und -formen zeichnen rechtspopulistische Aktivitäten in den fünf Bereichen aus und inwiefern geht daraus eine Infragestellung des bundesrepublikanischen Basiskonsenses hervor? 2. Welche Reaktionen der jeweiligen Organisationen sind im Umgang mit diesen Aktivitäten erkennbar? 3. Existieren subsystemspezifische Muster von Interventionen oder Reaktionen?

### Muster rechtspopulistischer Interventionen

Bei der Betrachtung rechtspopulistischer Interventionen stellt sich zunächst die Frage nach dem Verständnis des mitunter nebelhaften Begriffs Rechtspopulismus. Wir verstehen Populismus als eine »dünne« Ideologie (vgl. Mudde 2007) (»Wir« gegen »die da oben« und »Wir« gegen »die anderen«). Aus diesem Verhältnis resultiert ein ambivalentes Verhältnis zwischen Populismus und Extremismus, da der »dünne« ideologische Kern sowohl von etablierten demokratischen als auch von extremistischen Akteuren adaptiert werden kann. Rechtspopulismus eröffnet dabei einen Diskurs, der »nicht rechts genug ist, um ihn als anti-systemisch oder verfassungswidrig auszugrenzen aber hinlänglich rechts, um jenen als Auffangbecken zu dienen, die sich (...) immer weniger repräsentiert fühlen« (Priester 2012: 109). In diesem Sinne ist der Rechtspopulismus eine

Brücke zwischen einer demokratisch konstituierten Öffentlichkeit und rechtsextremistischen Positionen, die bis in die Zivilgesellschaft hineinreicht, wie unsere Analyse zeigt. Alle untersuchten Bereiche bieten ähnlich strukturierte Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Im Zentrum der Agitationen stehen das politische Mandat und die normative Basis der verbandlichen Akteure in den jeweiligen Arenen, das sich aus den korporatistisch strukturierten institutionellen Arrangements der Verbände mit dem Staat ableitet. Die grundlegenden Kritikpunkte sind zwischen den Subsystemen vergleichbar, auch, wenn Unterschiede zwischen den stärker institutionalisierten Akteuren (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) und den weniger institutionalisierten Bereichen (Kultur, Sport) existieren.

	Gewerkschaften	Kirchen	Wohlfahrtsverbände	organisierter Sport	Organisierte Kultur
<b>Institutionelles Arrangement</b>	korporatistische Arbeitsbeziehungen, Monopolanspruch	Kirchenkorporatismus	Wohlfahrtskorporatismus	Sportkorporatismus	Kulturkorporatismus (staatliche Kulturförderung)
<b>Normative Basis</b>	Gute Arbeit für alle	universelle Nächstenliebe	universelle Sozialanwaltschaft	Engagement für Multikulturalismus, Fairness und Toleranz	kosmopolitische Multikulturalität, Offenheit, Toleranz
<b>Politisches Mandat</b>	Historisch verantwortetes Engagement gegen rechts	Engagement für partnerschaftliche, multikulturelle Gesellschaft	Engagement für Schwache und Migrant/innen	Motor für Integration, Kampf gegen rechts und Rassismus	kulturelle Vielfalt (Meinungs- und Kunstfreiheit)

Tabelle 1: Ebenen rechtspopulistischer Interventionen (Quelle: eigene Darstellung)

Die konkreten Interventionen setzen an subsystemspezifischen Widersprüchen und Konflikten an. In der Arbeitswelt werden etwa die Unsicherheiten des Lohnarbeitsverhältnisses aufgegriffen, um aus den Verunsicherungen der Arbeitnehmer/innen ein Potenzial der Akzeptanz zu schöpfen. Rechtspopulist/innen versuchen, sich als eine »alternative« Interessenvertretung zu etablieren und verunglimpfen die DGB-orientierten Betriebsrät/innen als Co-Manager/innen und »Arbeitverräter«. Sowohl die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 2018 als auch das Wahlergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017, bei der 15% der Gewerkschafter/innen diese Partei wählten, zeigen, dass sich »gewerkschaftliches und rechtspopulistisches Engagement nicht von vornherein aus[schließen]« (Sauer et al. 2018: 58).

Im Umfeld der christlichen Kirchen dominiert die Instrumentalisierung von christlichen Werten. So versuchen rechte Akteure konservative Christ/innen zu mobilisieren, indem sie ihnen inhaltlich nahestehende Positionen – etwa bei den Themen Islam und gleichgeschlechtlicher Ehe – adressieren. Allport (vgl. 1966: 447ff.)

formulierte bereits in den 1960er-Jahren das Paradoxon, dass Religionen Vorurteilsstrukturen und rassistischen Denkmustern durch ihren moralischen Wertekanon zwar entgegenwirken, zugleich aber mit einigen theologischen Elementen (u.a. Auserwähltheit, Wahrheitsanspruch) Einfallstore für Überzeugungen liefern, die mit Selbsterhöhung und antipluralistischen Tendenzen verbunden sein können. Insbesondere der religiöse Exklusivitätsanspruch und die Kirchgangshäufigkeit sind entscheidende Variablen, die mit einer Ablehnung pluraldemokratischer Strukturen korrelieren (vgl. Ahrens/Rebenstorf 2018: 198). Für die Bundestagswahl 2017 zeigt sich, dass katholische sowie protestantische Kirchgänger/innen, die mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, die AfD unterdurchschnittlich häufig wählten (vgl. Weißels 2018).

Wohlfahrtsverbände bieten als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge vielfältige Angriffspunkte. Insbesondere das Engagement für Migrant/innen, das sich aus dem Anspruch einer universellen Sozialanwaltschaft ergibt, wird infrage gestellt. Konkret wird den Wohlfahrtsverbänden mit ihren Einrichtungen vorgeworfen, im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise eine »Asylindustrie« aufgebaut zu haben, die viel Steuergeld kostete. Als Gegenmodell bemühen sich rechte Akteure darum, Angebote mit Exklusivitätsansprüchen für Deutsche zu schaffen, während sie für andere ethnische Gruppen eine restriktivere Konditionierung anstreben. Nicht zuletzt wird der Missbrauch staatlicher Mittel durch einzelne Kreisverbände dazu genutzt, die Wohlfahrtsverbände mit ihren Werten als Ganzes zu delegitimieren und die vorgebrachte Kritik zu unterstreichen.

Im Sport bietet das korporatistische Arrangement Anknüpfungspunkte für Interventionen, die am multikulturellen, integrativen Gedanken der Sportförderung ansetzen. Den Zielen von Fairness und Toleranz wird die Forderung nach einer stärkeren Förderung deutscher Tugenden und Traditionen gegenübergestellt, die sich wieder stärker an Stolz, Nation, Identität und Patriotismus orientieren müssten. Wettkampf, Männlichkeit und Gemeinschaft ergeben weitere Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankengut. Im Fußball versuchen rechte Akteure etwa, das Gemeinschaftsgefühl von Vereinen und Fangruppen zur Ausgrenzung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zu nutzen.

Die Angriffspunkte von Rechtspopulist/innen im Bereich der (organisierten) Kultur berühren insbesondere die Themen der »(partei)politischen Neutralität« und die »Freiheit der Kunst«. Das Narrativ einer multikulturellen Gesellschaft wird infrage gestellt und abgelehnt. Stattdessen wird von rechten Akteuren im kulturellen Sektor ein stärkerer Bezug zu den Ideen von Heimat und Nation gefordert. Die konkreten Aktivitäten sind in diesem Sinne häufig mit dem Ziel verbunden, eigene Positionen als Teil der »Freien Meinungsäußerung« zu legitimieren (vgl. Schroeder et al. 2020: 110ff.).

Zusammengefasst entsprechen die skizzierten rechten Interventionen den vertikalen und horizontalen Logiken, die dem Populismus inhärent sind. Insbesondere stärker institutionalisierte Subsysteme befördern eine Abgrenzung im Sinne einer »Oben-gegen-Unten«-Logik. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden in ihrem Wirken und in ihren (politischen) Haltungen kritisiert und es wird versucht, sie in ihrer Funktion zu delegitimieren. Dabei werden Themen aufgegriffen, welche die inneren Widersprüche der zivilgesellschaftlichen Räume

adressieren. Auf horizontaler Ebene wird unter dem Postulat einer kulturellen Hegemonie eine Abgrenzung gegen multikulturelle Lebens-, Arbeits-, Freizeit- und Glaubensräume betrieben. Beide Ebenen verbinden die Einforderung eines erweiterten Pluralismus, der die Enttabuisierung von Diskursen vorsieht und die Grenzen des Sagbaren aufweicht.

## Muster zivilgesellschaftlicher Reaktionen

Einen Königsweg zum Umgang mit rechten Interventionen gibt es bislang nicht. Die Reaktionen in den untersuchten Feldern bestehen aus einem Mix aus präventiven und reaktiven Maßnahmen. Auf der kommunikativen Ebene distanzieren sich die Organisationen in der Regel von rechten Akteuren und Haltungen, die der eigenen Wertorientierung diametral entgegenstehen. Die Abgrenzung fällt umso deutlicher aus, je weiter die Intervention dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden kann. Überwiegend konzentrieren sich die kommunikativen Reaktionen jedoch darauf, die eigenen Werte und Standpunkte hervorzuheben: abgrenzen, ohne auszugrenzen. Auf der organisationalen Ebene wird versucht, den Dialog offenzuhalten (auseinandersetzen). Es kommt aber auch dazu, dass Interventionen ignoriert werden, was wahrscheinlicher ist, wenn es sich um Mitglieder handelt, die man nicht verlieren will, und der Vorfall bisher keine (mediale) Öffentlichkeit erfahren hat. Zu Konfrontationen und Sanktionen kommt es nur in Extremfällen, als Ultima Ratio. Dieser Logik des Ausgrenzens folgen bspw. Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die jedoch – nicht zuletzt aufgrund rechtlicher Unklarheiten – bisher kaum existieren.

Insgesamt handelt es sich bei den Reaktionen um stark situationsabhängige ad-hoc-Handlungen, die nicht von einer belastbaren Strategie geprägt sind. Sie gleichen Suchbewegungen, in denen die Verunsicherung zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen in Fragen des richtigen Umgangs mit rechtspopulistischen Interventionen zum Ausdruck kommt. Dazu mag auch die strukturelle Ambivalenz der Reaktionsmöglichkeiten beitragen (vgl. Tabelle 2).

Reaktion	Umgang mit Intervention	Ambivalenz
Ignorieren	nicht darauf eingehen	Risiko: »stillschweigende Zustimmung«; Normalisierung Chance: keine Aufmerksamkeit; keine Opferrolle
Auseinandersetzen	eingehende Beschäftigung	Risiko: Aufmerksamkeit Chance: Aufklärung; Grenzen markieren; Profilschärfung
Abgrenzen	distanzieren	Risiko: Konflikt; Widerspruch; Mitgliederverluste Chance: Klare Orientierung
Ausschließen	»Stiller« Ausschluss ohne öffentliche Thematisierung	Risiko: keine klare Abgrenzung; Vorwurf, Probleme zu verschweigen Chance: Interne Grenzziehung
Ausgrenzen	ausschließen und öffentlich distanzieren	Risiko: Opfermythos; Mitgliederverluste Chance: Grenzziehung

Tabelle 2: Reaktionsmuster: Chancen und Risiken (Quelle: eigene Darstellung)

Dieser liegt das inhärente Dilemma des Populismus zugrunde: Sowohl Nichtbeachtung als auch Reaktionen bergen das Risiko, das Phänomen zu stärken. Der Versuch, Rechtspopulist/innen durch Beteiligung zu »entzaubern«, beschert ihnen Aufmerksamkeit und spricht ihnen möglicherweise Legitimität zu. Nichtbeachtung beinhaltet dagegen die Gefahr, als stillschweigende Zustimmung missverstanden zu werden oder zur Normalisierung rechtspopulistischer Positionen beizutragen. Öffentliche Nichtbeachtung kann aber nicht ohne weiteres mit Ignoranz gleichgesetzt werden. So kann sie durchaus der sensiblen Beobachtung folgen, zwar öffentlich nicht zu handeln, aber unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung zu reagieren. Dafür braucht es ein tiefgehendes Verständnis der Handlungslogik rechter Interventionen. Es gibt keinen One-size-fits-all-Ansatz. Vielmehr bedarf es aufeinander bezogene und abgestimmte Reaktionsformen, die nicht nur reaktiv erfolgen. Dafür müssen sich die Organisationen aktiv mit den Ursachen für rechtspopulistische Denk- und Handlungsmuster auseinandersetzen. Nur so können sie diese erkennen, verstehen und darauf reagieren. Vor allem wertebasierte Orientierungspunkte ermöglichen dabei authentische Reaktionen.

## Fazit

Rechtspopulist/innen greifen bestehende Konfliktlinien innerhalb der zivilgesellschaftlichen Arenen auf und intervenieren pfadabhängig. Dabei setzen sie – der populistischen Logik des »Unten gegen Oben« folgend – an spezifischen, korporatistisch strukturierten institutionellen Arrangements an, um die etablierten Akteure als

Teil des Establishments zu diffamieren. Die Interventionen folgen einem Muster von Delegitimierungs- und Skandalisierungsversuchen. In der populistischen Logik »Innen gegen Außen« richten sie sich gegen die werteorientierte, normative Basis der organisierten Zivilgesellschaft. Für diese eröffnen sie alternative Interpretationsangebote im Sinne einer kulturellen Hegemoniebestrebung. Beide Ebenen verbinden sich in der Kritik am politischen Mandat der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit der sogenannten Flüchtlingskrise oder den Betriebsratswahlen 2018 boten sich konkrete Gelegenheiten für Rechtspopulist/innen, um an vorhandene Konflikte in den zivilgesellschaftlichen Subsystemen anzudocken.

Die Reaktionen der organisierten Zivilgesellschaft auf diese Interventionen changieren bislang zwischen Abgrenzen und Auseinandersetzen. Die Mitgliederebene ist hierbei besonders sensibel, da das Risiko einer stillschweigenden Zustimmung oder Normalisierung innerhalb des eigenen Verbandes besteht. Folglich sind zivilgesellschaftliche Organisationen herausgefordert, ihre inneren Widersprüche zu bearbeiten. Organisational verfestigte normative Werte und ein klarer, aus dem institutionellen Arrangement abgeleiteter politischer Auftrag sind die Basis für die Entwicklung einer angemessenen Strategie. Ob ihnen dies gelingt, entscheidet mit darüber, wie resilient die Zivilgesellschaft auch zukünftig gegenüber rechtspopulistischen Interventionen sein wird.

## Anmerkungen

---

- (1) Sie basiert maßgeblich auf 40 leitfadengestützten, qualitativen Expert/inneninterviews mit Vertreter/innen der untersuchten Felder, wissenschaftlichen wie journalistischen Beobachter/innen sowie Akteur/innen des Rechtspopulismus.

## Literatur

---

Ahrens, Petra-Angela/Rebenstorf, Hilke (2018): Rechtspopulismus unter evangelischen Christen – empirische Befunde der Kirchen- und Religionssoziologie. In: Zeitschrift für evangelische Ethik, 62 (3), S. 183-199.

Allport, Gordon W. (1966): Religious Context of Prejudice. In: Journal for the Scientific Study of Religion, 5 (5), S. 447-457.

Alternative für Deutschland (2019): Strategie 2019 – 2025. Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei, Berlin.

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld.

Grande, Edgar (2018a): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31 (1-2), S. 52-60.

Grande, Edgar (2018b): Warum auch rechte Bewegungen zur Zivilgesellschaft gehören. In: Süddeutsche Zeitung, 17.08.2018.

Leggewie, Claus/Evers, Adalbert (2020): Braune Milieus breiten sich aus: Wie Rechte die Gesellschaft infiltrieren. In: Frankfurter Rundschau, 18.02.2020.

Mudde, Cas (2007): Populist radical right parties in Europe, Cambridge.

Niedermayer, Oskar (2018): Die AfD in den Parlamenten der Länder, des Bundes und der EU. Bipolarität im Selbstverständnis und im Verhalten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (4), S. 896-908.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt a. M.

Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin.

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.

Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, OBS-Arbeitsheft 102, Frankfurt a. M.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander (2017): Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, Berlin.

Weßels, Bernhard (2018): Wahlverhalten sozialer Gruppen. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Parlamentarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden, S. 187-202.

### Autor/innen

---

**Wolfgang Schroeder**, Prof. Dr., Leiter des Fachgebiets »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel, Fellow am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Forschungsschwerpunkte: Arbeitsbeziehungen, Gewerkschafts-, Verbände- und Sozialstaatsforschung.

E-Mail: [wolfgang.schroeder@uni-kassel.de](mailto:wolfgang.schroeder@uni-kassel.de)

**Samuel Greef**, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: Digitalpolitik, Digitalisierung sowie Organisations- und Gewerkschaftsforschung.

E-Mail: [greef@uni-kassel.de](mailto:greef@uni-kassel.de)

---

**Jennifer Ten Elsen**, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: Parteien-, Demokratie- und Parlamentarismusforschung.

E-Mail: [tenelsen@uni-kassel.de](mailto:tenelsen@uni-kassel.de)

**Lukas Heller**, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Familien- und Arbeitsmarktpolitik sowie Gewerkschafts- und Verbändeforschung.

E-Mail: [lukas.heller@uni-kassel.de](mailto:lukas.heller@uni-kassel.de)

### Redaktion

---

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)